

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TAGLICH FRUH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., POCHOVA 42. TELEFON 32677. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM MIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



15. Jahrgang

Donnerstag, 10. Jänner 1935

Nr. 8

Der Erfolg von Rom — Legalisierung der deutschen Aufrüstung?

Gerüchte über die Rückkehr Deutschlands nach Genf

In den Kommentaren der internationalen Presse, vor allem aber der englischen Blätter über die Genfer Vereinbarungen verdichtet sich eine Deutung immer mehr zu einer sehr glaubhaften These: daß als Endergebnis der franco-italienischen Entente die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund erfolgen werde und damit eine völkerrechtlich anerkannter deutscher Aufrüstung und der tatsächlichen Revision des Versailler Vertrages.

Italienische Zeitungen und englische Korrespondenzen, aber auch französische Blätter und als gewichtigster Zeuge der Sprecher des italienischen Außenministers, der dem Reuters-Korrespondenten ein Interview gegeben hat, erklären übereinstimmend, daß der Passus über die Abrüstung, den die römischen Abkommen enthalten, eine Brücke für die Rückkehr Deutschlands nach Genf sein solle. Es wird allgemein betont, daß zwischen legaler und illegaler Aufrüstung Deutschlands im Text der Gespräche kein Unterschied mehr gemacht wird. Ebenso einmütig vertritt die Presse die Ansicht, daß die Plattform, auf der man sich einigte, die Auffassungen Sir John Simon über die Legalisierung der deutschen Aufrüstungen seien. Man nimmt an, daß Simon bei seinem Pariser Aufenthalt auf Dabot in diesem Sinne eingewirkt habe. Ein englischer Kabinettsrat soll sich bereits mit der Frage beschäftigt haben, ob nicht der Augenblick zu einer neuen Demarche in Berlin gekommen sei.

Die englische Auffassung, die man nun von Rom den Franzosen suggeriert zu haben scheint, läuft darauf hinaus, daß an den deutschen Aufrüstungen nur ihre Heimlichkeit und Vertragswidrigkeit anhängig seien. Baldwin hatte Hitler aufgefordert, rund heraus zu sagen, wo Deutschland mit seinen Aufrüstungen halte. Das Projekt von Rom zielt angeblich auf eine Überabsehung der allgemeinen Aufrüstungen bei gleichzeitiger Anerkennung eines über dem Niveau von Versailles liegenden deutschen Aufrüstungsstandes ab.

Interessant ist, daß Hitler in seiner Rede in der Staatsoper bereits von dem Inhalt der römischen Gespräche zu wissen schien. Er sprach davon, daß man Deutschland umwerbe und seine Rückkehr nach Genf anstrebe. Deutschland werde aber nur nach Genf gehen, wenn man ihm die Aufrüstungsgleichheit gewähre. Wieviel an Aufrüstung man Deutschland gestattet, ist für beide Teile eigentlich unwesentlich, denn es ist ohnehin unverbundlich. Die Entmilitarisierung der SA und der SS macht den Weg zu einer legalen Vermehrung der Reichswehr auf rund 300.000 Mann frei. Außerdem würde man Deutschland wahrscheinlich schwere Artillerie und Flugzeuge zugestehen.

Der eigentliche Gewinner bei diesem Spiel wäre Mussolini, der sich, wenn

ihm dieser Schachzug gelingt, endgültig als der gerissenste Diplomat des Nachkriegs Europa vorstellt.

Italien hat in Genf in der Pariseiller Sache eine schwere moralische Niederlage erlitten. Nicht Ungarn, sondern Italien war der eigentliche Sieger der letzten Genfer Tagung. Schmerzhaft empfand Mussolini seine Isolierung im Völkerbund gegenüber der mächtigen französisch-russischen Gruppe. Rehet aber Deutschland, und oben drein ein legal ausgerüstetes Deutschland, nach Genf zurück, so wird Mussolini jederzeit die Möglichkeit haben, Deutschlands Unterstützung gegen Frankreich-Rußland zu finden und sich dann

wieder von Frankreich für einen folgenden Verrat an Deutschland bezahlen zu lassen. Deutschland aber muß zum Dank dafür, daß Mussolini ihm die Aufrüstung bringt und die Rückkehr nach Genf ermöglicht, einen Gegendienst leisten, der, wie jetzt schon deutlich wird, in dem Beitritt zum österreichischen Garantiepakt, also in der formellen Anerkennung der italienischen Oberherrschaft über Oesterreich bestehen wird.

Man muß gerechterweise zugeben, daß Mussolini diesen Erfolg, der ihm augenscheinlich in nächster Nähe winkt, nicht nur durch seine diplomatische Kunst und seine vertwegene Rücksichtslosigkeit, sondern vor allem durch die Unentschlossenheit, Angst und Kurzsichtigkeit seiner Gegenspieler erlangen hat, die nicht begreifen wollten, daß eine Kombination Paris—Meine Entente—Moskau allein stärker gewesen wäre als mit Italien. Denn gerade die volle Einkreisung Hitlers, die Laval erreichen wollte, zerbricht die Range um Hitlerdeutschland und macht alle Erfolge zunichte, die der französischen Politik unter Barthelemy zugefallen waren.

Endkampf um die Saar Erbittertes Ringen vor dem Volksentscheid

Der Saarkampf hat seinen Höhepunkt erreicht. Das Dritte Reich läßt alle Mienen springen, um dieses Stück freien deutschen Grenzlandes zurückzuholen und vor der Welt einen Preiße-Erfolg zu erzielen. Die Freiheitsfront kämpft in ihrem heißen Ringen gegen die braune Hebermacht nur auf die herrliche Opferfreudigkeit der saarländischen Arbeiterschaft. Hitler hat die größeren Chancen. Seine Gegner versuchen das Minus an Geld und Gewalt durch tapfere Gefinnung auszuwiegen. Wie wird am Sonntag die Entscheidung ausfallen? Die Situation ist undurchsichtig. Neutrale Beobachter der Volksstimmung rechnen mit einer knappen Hitlermehrheit, schließen aber einen Ueberraschungserfolg der Freiheitsfront nicht aus.

Das Gebäude der Hitlerfront von Polizei besetzt

Saarbrücken. Vor dem Gebäude der Landesleitung der „Deutschen Front“ kam es Mittwoch um 1/2 12 Uhr mittags zu einem Zusammenstoß zwischen Kolporturen der „Neuen Saarpost“ (eines Organes der hitlerfeindlichen Katholiken im Saargebiet) und Deutschfrontlern, in dessen Verlauf die Kolporture der „Neuen Saarpost“ die Polizei alarmierten. Das Heberfallkommando der Polizei in Stärke von 70 Mann besetzte das Haus und sperrte die Telefonzentrale. Um 2 Uhr nachmittags hielt die Polizei das Gebäude noch besetzt und die Telefonleitungen gesperrt.

Stimmungsmomente

Nicht besonders erfreulich für die Hitleranhänger ist die Tatsache, daß von der Vorabstimmung am letzten Sonntag, die für jene öffentlichen Angestellten bestimmt war, die am Wahltag im öffentlichen Interesse (bei der Eisenbahn usw.) Dienste machen müssen, nur rund 200 Personen Gebrauch gemacht haben.

Der Führer der Status-quo-Bewegung Max Braun erklärt diese geringe Teilnahme damit, daß diejenigen, die sich der Abstimmung enthielten, befürchteten, daß das Geheimnis ihrer Abstimmung doch nicht ganz zuverlässig geschützt sei.

Wären sie hitlerfreundlich gewesen, so hätten sie sicher nicht gezögert, ihre Stimme für den Anschluß an Deutschland abzugeben, da sie in diesem Falle gar nichts zu befürchten gehabt hätten.

Bezeichnend ist auch die Weidung der kommunistischen „Arbeiterzeitung“, daß die Banken in Forbach und in Saargemünd das Personal verdoppeln mußten, um den Andrang der Saarbrücker Bürger zu bewältigen, die französische Franken einlegten, um sie nicht bei einer eventuellen Rückkehr des Saargebietes zum Reich in Markt umzuwechseln zu müssen.

Großes Vertrauen in die Reichsmark scheint also auch unter den Anhängern des Anschlusses an Deutschland gerade nicht zu bestehen!

Die Einheitsfront hat beim Präsidenten der Plebiszitkommission gegen das Vorgehen des Bürgermeisters von Saarbrücken protestiert, welcher den Wahlaufruf der Einheitsfront beseitigen ließ. Bezüglich der Ausquartierung der kommunistischen Partei aus ihren bisher von der Stadt gemieteten Räumen hat der Stadtrat beschlossen, die Entscheidung bis nach dem Plebiszit zu verschieben.

Alte Kämpfer — für den Status quo!

Saarbrücken. (A. P.) Vor kurzem ist eine „Nationalsozialistische Deutsche Freiheitsbewegung“ geschaffen worden, die sich zum Nationalsozialismus bekennt, aber gegen Hitler und die NSDAP ausspricht, die Korruption in der Deutschen Front bekämpft und die Parole

„Zurück zu Deutschland, aber nie zu Hitler“

ausgegeben hat, sich also zum Status quo bekennt. Führer ist ein gewisser Dr. Wirsing, ein alter Kämpfer, der ursprünglich zum Bund „Völkern und Reich“ gehörte und im November 1923 am Hitlerputsch teilnahm. Er erklärte, seine Freunde und er hätten an der Saar alles vorbereitet, um den Nachläßern der Deutschen Front die Augen zu öffnen. In diesem Sinne wirkt ein Blatt „Deutsche Saar-Wacht“. Kurz vor der Abstimmung soll von dieser Seite noch eine Broschüre zur Beeinflussung der Indifferenten herauskommen.

Ritter des Ordens pour le mérite für Status quo!

Saarbrücken. (A. P.) Der Fliegeroffizier Franz Korta, Ritter des Ordens pour le mérite und ehemaliger Teilnehmer der Nichtsozialistischen Kampfbewegung, erließ einen Aufruf, in dem er zunächst mitteilt, daß er wohl als einziger Saarländer die höchste Ordensauszeichnung des Reiches erhalten habe und fragt, wer ihn nun als Franzosenbildung oder Separatisten zu beschimpfen wage? Er bezieht sich in dem Aufruf vielmehr die Nationalsozialisten des Landesverbandes wegen ihrer Stellung zu Südtirol und zur Korridorfrage und fordert zur Stimmabgabe für den Status quo auf.

Getreidemonopol und Brotpreis

Grundsätzliches

Die Sozialdemokratie hat unter ihren wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben dem Schutz der Konsumenten immer einen hervorragenden Platz eingeräumt. Das Einkommen der arbeitenden Menschen ist, auch in sogenannten guten Zeiten des Kapitalismus, immer ein so niedriges gewesen, daß die Sicherung der Kaufkraft dieses Einkommens sich als selbstverständliche soziale Aufgabe der Vertreterin der Arbeiterklasse ergab. Aber die Preisbildung in der kapitalistischen Wirtschaft ist kein einfaches Problem. Sie ist das Ergebnis einer ganzen Reihe einander oft entgegengesetzter Faktoren, von denen manche von internationalen Verhältnissen abhängen, andere wieder der Beeinflussung durch politische Maßnahmen überhaupt entzogen sind. Das Letztere gilt ganz besonders von der Preisbildung in der Landwirtschaft, die in hohem Maße von naturgegebenen Tatsachen abhängt. Darum kann das sachgemäße Eingreifen des Staates in die Preisgestaltung nicht einfach in einem Preisdiktat bestehen, sondern muß auf zweckmäßige Organisierung der Produktion und des Ab Absatzes gerichtet sein.

Von dieser Erkenntnis ist die Sozialdemokratie von jeher in ihrer Stellungnahme zur Frage der Getreidewirtschaft ausgegangen. Nur absichtliches oder unabsichtliches Mißverstehen hat diese Stellungnahme als Feindseligkeit gegen die landwirtschaftliche Bevölkerung deuten können. Wir sind freilich immer gegen eine Politik der medizinischen Preissteigerung durch Zölle eingetreten, die bloß die Konsumenten schädigt, den Landwirten aber höchstens vorübergehenden Nutzen bringt, weil sie weder die Preissteigerungen auf dem Weltmarkt, noch das Spiel der Spekulation auszuscheiden vermag. Es war daher schon ein relativer Fortschritt, und zwar ein Fortschritt von nicht geringer wirtschaftlicher Bedeutung, daß in unserem Lande zweimal, 1925 und 1930, beidemal unter dem Einfluß der Sozialdemokratie, das System der gleitenden Zölle, bzw. Zollzuschläge angewendet wurde, das den Zollschutz an die Preissteigerungen anpaßt und daher die schädlichen Wirkungen dieser Preissteigerungen sowohl für die Produktion, als auch die Konsumenten mildert.

Für planmäßige Regulierung der Getreidewirtschaft

Aber wir haben schon damals kein Gehl daraus gemacht, daß wir einer planmäßigen Regulierung der Getreidewirtschaft, welche die Fixierung der Preise für Produzenten und Konsumenten ermöglicht, den Vorzug gaben. Damals haben die Agrarier die Einführung eines Getreidemonopols abgelehnt. Wenn sie nun nach fünf Krisenjahre, belehrt durch die fortwährende und durch keine Maßnahme bloßer Preispolitik zu bannende Not der Landwirtschaft endlich zu der Monopolisierung gezwungen haben, so können wir darin eine volle Rechtfertigung unserer wirtschaftlichen Voraussicht erblicken. Es entspricht ganz der herrschenden Begriffsbildung, die durch das summenwirkende Getöse der antimarktschreienden Schlagworte herbeigeführt wurde, wenn die Schaffung des Getreidemonopols als Sieg des zielbewußten agrarischen Willens über sozialistische Ideenlosigkeit hingestellt wird. Mag auch die Konstruktion der tschechoslowakischen Getreidewirtschaft, in der die Vertreter der organisierten Konsumentenschaft nur im Maße ihrer Potenz innerhalb der bestehenden Wirtschaft zur Geltung kommen können, nicht durchaus unseren Wünschen entsprechen, grundsätzlich bedeutet die Hebertragung des Getreidelaufs und seiner Zuführung an den Konsum auf eine vom Staate kontrollierte Monopolgesellschaft den Sieg unserer konstruktiven Ideen. Die Sicherung stabiler Getreidepreise und die Fixierung der Spannung zwischen Einkaufs- und Verkaufspreisen, die spekulative Eingriffe ausschaltet und dabei die Interessensvertreter des Zwischenhandels bereits zu den beweislichsten Klagen veranlaßt hat, bedeutet ein Stück Planwirtschaft, zu dem wir uns ohne weiteres bekennen dürfen. Und wenn diese Regelung den Landwirten gegenüber dem fraglichen und vorübergehenden Nutzen einerollerhöhung einen wirklichen und dauernden Vorteil gebracht hat, so können wir damit durchaus zu-

Ein schüchternes Geständnis Ungarns

In fünf Fällen „untergeordnet“ Beamte verantwortlich

Paris. Wie die „Agence Havas“ aus Genf meldet, wird Dr. Schardt am Donnerstag mit der ungarischen Delegation in Genf eintreffen und dem Völkerbunddelegierten das schriftliche Ergebnis der neuen Enquete der ungarischen Regierung bezüglich der Verantwortlichkeit für das Versailler Attentat unterbreiten. Das Dokument soll 75 Maschinenschriftseiten umfassen und etwa 100 Seiten verschiedener Beilagen enthalten. Es befaßt sich hauptsächlich mit Reispässen und der Regelung der Lage der politischen Flüchtlinge in Ungarn.

Es wird behauptet, daß durch das Dokument in fünf Fällen die Verantwortlichkeit untergeordnet (1) ungarischer Beamter, darunter zwei Polizeibeamter, festgestellt wurde.

